

BRIGITTE BERLEKAMP

Der Weg in den Krieg. Politik und Ökonomik der »friedlichen« Aggressionen Hitlerdeutschlands 1938/39

Aus Anlaß des 60. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges veranstaltete die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung am 18. und 19. September 1999 in Berlin eine Arbeitstagung zu diesem Thema.

Die wissenschaftliche Spezifik der Tagung bestand in der Verknüpfung der inneren Kriegsursachen (vor allem wirtschaftspolitische) mit den außenpolitischen und rüstungs- bzw. militärpolitischen Schritten in Richtung Krieg. Indem die Tagung den Weg in den Krieg, die Mechanismen und konkreten Aktionen zur Herbeiführung des Krieges in den Mittelpunkt stellte, gewann sie eine besondere Aktualität.

Bereits 1995 zum Jahrestag des Kriegsendes hatte die Gesellschaft auf ihrer Konferenz »Kapitulation und Befreiung. Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa« wichtige sozialhistorische Aspekte des Kriegsendes sowie die Bedeutung der deutschen Kriegsniederlage für die nationale Entwicklung der von Deutschland besetzten Länder zum Gegenstand. Damit hob sie sich von zahlreichen wissenschaftlichen und Gedenkveranstaltungen ab. Im Unterschied zum Jahre 1995 fällt ins Auge, daß der Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges kaum Anlaß für einen wissenschaftlichen Meinungs- und Austausch bzw. -streit war.

1999 hatten sich die Veranstalter das Ziel gesetzt, Fragen der unmittelbaren Vorgeschichte des Krieges weiter aufzuklären: Wie wurde dieser Krieg zielgerichtet vorbereitet, wie vollzog Nazi-Deutschland auf dem Weg in den Revanchekrieg die letzten Schritte und überschritt die Schwelle vom Frieden zum Krieg? Wissenschaftler aus Deutschland, Finnland, Norwegen, Österreich und Polen stellten in vier Sektionen ihre Forschungsergebnisse vor. Die Beiträge waren von kontroversen, kenntnisreichen und freimütigen Diskussionen begleitet.

Mit »Innere Kriegsursachen – Von der Zahlungsbilanzkrise zum Raubkapitalismus« war die erste Sektion überschrieben. Karl Heinz Roth (Bremen) bilanzierte die seit Jahren laufende internationale Diskussion über die Rolle der inneren Kriegsursachen. Nach der Einführung des Vierjahresplanes hatte sich sehr schnell erwiesen, daß dieser Rüstungskurs ökonomisch nicht realisierbar war. Vor der Alternative, den Rüstungskurs etwas abzu-bremsen oder auf Kosten der künftigen Kriegsoffer zu verstärken, entschieden sich Hitler und die IG Farben für einen Kurs einer forcierten Raub- und Rüstungspolitik. Neben Roth wandten sich auch

Brigitte Berlekamp –
Jg. 1949, Dr. phil.,
Historikerin an der Berlin-
Brandenburgischen Akademie
der Wissenschaften,
Mitherausgeberin des
»Bulletins für Faschismus-
und Weltkriegsforschung«.

Vgl.: Fritz Petrick (Hrsg.):
Kapitulation und Befreiung.
Das Ende des Zweiten
Weltkrieges in Europa,
Münster 1997.

Dietrich Eichholtz (Borkheide), Martin Seckendorf (Berlin) und Ulrich Schneider (Kassel) dem Zusammenhang von Ökonomik und Politik beim Entscheidungsprozeß für die Annexion Österreichs, der ČSR und des Überfalls auf Polen zu. Der konkrete Zusammenhang zwischen Zahlungsbilanzkrise Deutschlands nach der Einführung des Vierjahresplanes und den einzelnen Entscheidungen zur Aggression gegen die Nachbarländer wurde vor allem an den weltwirtschaftlichen und finanzpolitischen Hintergründen der Rohstoffengpässe für die weitere Rüstungsexpansion sowie anhand der strategischen Vorgaben des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages (MWT) als Vordenker der »friedlichen« Aggression hergestellt.

Äußerst anregend waren die Überlegungen von Roth, sich bei der Bearbeitung dieser Problematik früher kritischer Analysen zu erinnern und solche Begriffe wie Raubkapitalismus und Raubtierphilosophie auf ihre Erklärungsfähigkeit zu prüfen. Zudem hielt er das Konzept der »Langen Wellen« für die weitere Durchdringung dieser Thematik für hilfreich. Seine Überlegungen zum Begriff Raubkapitalismus lösten eine lebhaftete Kontroverse aus.

In der zweiten Sektion ging es um die letzten Etappen auf dem Weg zum Krieg. Manfred Messerschmidt (Freiburg, Br.) eröffnete mit einem plastischen Bild der Entscheidungsprozesse über Ziel und Zeitpunkt des Angriffskrieges innerhalb der faschistischen Führung. Dabei berücksichtigte er sowohl Erfahrungen der Militärs und der Politiker während des Ersten Weltkrieges als auch Diskussionen und Bedenken über Rüstungsstand und außenpolitische Konstellationen. Die Kennzeichnung des Anschlusses Österreichs als ersten Schritt auf dem Weg in den Krieg diskutierte Martin Moll (Graz) unter dem Gesichtspunkt, daß diese Aggression zweifellos die Voraussetzung für alle weiteren war, jede folgende aber nach klarer zielbewußter Entscheidung für den Krieg begonnen wurde.

Werner Röhr (Berlin) wandte sich dem vielmals beforschten Münchener Abkommen unter der Fragestellung zu, inwiefern in den Handlungen Deutschlands als Hauptpresser sowie Frankreichs und Großbritanniens als Miterpresser jene Logik imperialistischer Erpressung realisiert wurde, die im Jahre 1999 zuerst in Rambouillet und dann im NATO-Krieg gegen Jugoslawien wieder aufgegriffen wurde.

Die Logik von München war auch wesentlicher Gegenstand der dritten Sektion. Siegfried Büniger (Berlin) analysierte die Beschwichtigungspolitik des Westmächte und fragte nach den Hintergründen und Motiven, warum sich die Siegermächte des Ersten Weltkrieges nicht entschieden der schrittweisen Zerstörung der Nachkriegsordnung widersetzen. Dem immer wieder ins Feld geführten Argument, die Appeasement-Politik sei entscheidend auf den nicht ausreichenden Rüstungsstand Großbritanniens und Frankreichs zurückzuführen, entgegnete Büniger auf der Grundlage zahlreicher Quellen, daß dieser tatsächlich zurückgeblieben war, um so verwunderlicher sei es jedoch, daß Chamberlain die notwendigen Anstrengungen, den deutschen Rüstungsvorsprung aufzuholen, nicht unternahm. Büniger begründete, daß die Kriegserklärung vom 3. September 1939 keineswegs bedeutete, daß die britische Regierung auch bereit gewesen wäre, Krieg zu führen. Viel-

mehr wurde die Beschwichtigungspolitik in modifizierter Form faktisch bis zum Überfall auf Frankreich fortgeführt. Daß Antikommunismus eine nicht unerhebliche Rolle spielte, betonte Bün-ger ebenso wie er auf schlichte intellektuelle Fehlleistungen von Politikern, auf deren charakterliche Arroganz und Selbstüberschätzung hinwies. Den diplomatischen Hintergrund des Überfalls auf Polen, insbesondere den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag, umriß Ryszard Nazarewicz (Warschau). Den Stellenwert des finnischen Winterkrieges bezogen auf die politischen Konstellationen der Weltkriegsparteien stellte Juoko Jokisalo (Oulu) klar.

Schließlich wandte sich die vierte Sektion der Tatsache zu, daß die führenden Industrieländer, Deutschland eingeschlossen, sich gegenwärtig selbst, und ausschließlich sich selbst, das Recht auf Krieg ganz offiziell einräumen und daß von ihnen der Krieg erneut zu einem legitimen Instrument der Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Ziele erklärt wurde. Jene Verknüpfung von wirtschaftlicher Expansion, imperialistischer Erpressung und militärischer Drohung, wie sie im untersuchten Zeitraum praktiziert wurde, steht heute auch dann Pate, wenn der Krieg nicht mehr Krieg, sondern »humanitäre Intervention« genannt und als »polizeiliche Ordnungsaktion« proklamiert wird. Von diesen Intentionen geleitet, umrissen Werner Brill (Saarbrücken), Tobias Pflüger (Tübingen) und Rüdiger Minow (Friesenhof) historische und aktuelle Aspekte deutscher Kriegsentscheidungen im 20. Jahrhundert. Dazu gehörten Vergleiche zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg ebenso wie die Entwicklung der NATO-Strategie am Ende des Jahrhunderts und die Aktivitäten der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV).

In seinem Schlußvortrag rekonstruierte Ernstgert Kalbe (Leipzig) den Prozeß der Zerstörung Jugoslawiens hinsichtlich der wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Aktivitäten des Auslandes, insbesondere der BRD und der NATO. Hinsichtlich des Kosovo untersuchte er die geschichtlichen Wurzeln des Konflikts und stellte seine Indienstnahme als Auftakt für den Zerstörungsprozeß Jugoslawiens vor zehn Jahren sowie die Instrumentierung für die Aggression gegen Serbien 1999 heraus.